

Beiträge ÖkoLinX-ARL

Wortprotokoll

über die

27. Plenarsitzung

der Stadtverordnetenversammlung

am Donnerstag, dem 16. Oktober 2003

(16.01 Uhr bis 23.06 Uhr)

1. Feststellung der Tagesordnung		1
2. Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers		2
3. Feststellung und Einführung eines Listennachfolgers gemäß §§ 33 und 34 des Kommunalwahlgesetzes (KWG) in Verbindung mit § 1 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung		2
4. 24. Fragestunde		3
Frage Nr. 741		3
Stadtverordnete Marie de los Rios, CDU:		3
Stadtrat Franz Frey:		3
Frage Nr. 742		3
Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:		4
Stadtrat Edwin Schwarz:		4
Frage Nr. 743		5
Stadtverordnete Dr. Ann Anders, GRÜNE:		5
Bürgermeister Joachim Vandreike:		5
Frage Nr. 744		6
Stadtverordneter Yanki Pürsün, FDP:		6
Stadtrat Edwin Schwarz:	Stadtv. Wolfgang Hübner, BFF	7
Frage Nr. 745	Vom 07. bis 09.11.2003 soll im	7
Stadtverordneter Horst Schäfer, FAG:	Mousonturm eine als „Internationaler	7
Bürgermeister Joachim Vandreike:	Kulturkongress“ getarnte	8
Frage Nr. 746	Zusammenkunft weit Linksaußen	8
Stadtverordneter Michael Langer, REP:	stehender Kreise unter dem Titel	8
Stadtkämmerer Horst Hemzal:	„Indeterminate! Kommunismus“	9
Frage Nr. 747	stattfinden. Einer der beiden	9
Stadtverordneter Dr. Eberhard Dähne, PDS:	Veranstalter bekennt öffentlich, dass	9
Stadtrat Franz Frey:	die Veranstaltung der „Diskussion	9
Frage Nr. 748	über ein neu zu bestimmendes	9
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:	kommunistisches Projekt“	9
Stadtrat Dr. Hans-Bernhard Nordhoff:	dienen soll und hat am 03.10.2003 in	10
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:	Berlin unter den Parolen:	10
Frage Nr. 749	„Klassenkampf statt Nation!	10
Stadtverordneter Luigi Brillante, E.L.:	Deutschland verraten! Kapitalismus	10
Stadträtin Jutta Ebeling:	abschaffen!“ demonstriert.	11
Frage Nr. 750	Kann eine fast vollständig aus	12
Stadtverordneter Ursula Busch, SPD:	öffentlichen Mitteln finanzierte	13
Oberbürgermeisterin Petra Roth:	kulturelle Institution Frankfurts	13
Frage Nr. 751	zur Bühne und Plattform von Kreisen	13
Stadtverordneter Stefan Majer, GRÜNE:	gemacht werden, die offen die	14
Stadtrat Edwin Schwarz:	freiheitlich-demokratische	14
	Grundordnung unseres	14
	Gemeinwesens bekämpfen?	14

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Volker Stein:**

Es gibt eine Zusatzfrage von Frau Dr. Wolter-Brandecker. Bitte sehr!

Stadtverordnete Dr. Renate Wolter-Brandecker, SPD:
(Zusatzfrage)

Herr Stadtrat, ist Ihnen bekannt, ob eventuell die Universität Frankfurt am Main diesen Kongress abgesagt hat, weil daran linksaußen Kooperationspartner teilnehmen sollen, wie die FU Berlin, die TU Berlin, die Universität Kassel, die Heinrich Böll Stiftung und einige mehr, die, wie Herr Hübner sagt, angeblich die freiheitlich-demokratische Grundordnung des Gemeinwesens außer Kraft setzen wollen. Ist Ihnen irgend etwas seitens der Universität bekannt?

Stadtrat Dr. Hans-Bernhard Nordhoff:
(fortfahrend)

Frau Dr. Wolter-Brandecker, wenn man sich den Veranstaltungskalender ansieht, dann findet die Hardcore-Diskussion zu allen Themen in der Tat in der Johann Wolfgang Goethe-Universität statt, Kulturveranstaltungen im Mousonturm und übrigens auch in der Städelschule. Ich habe den Kanzler der Universität, Herrn Busch, gefragt. Ihm war die Veranstaltung bekannt, und es ist von Seiten der Universität nicht daran gedacht, diese abzusagen beziehungsweise den geschlossenen Mietvertrag zu kündigen.

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Volker Stein:**

Es gibt eine weitere Zusatzfrage von Frau Ditfurth. Bitte sehr!

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:
(Zusatzfrage)

Herr Nordhoff, sind Sie ausnahmsweise mit mir gemeinsam bereit, Herrn Hübner in folgenden Punkten zu beruhigen. Erstens: Ich kann verstehen, dass er als alter nationaler Kommunist immer noch etwas aufzuarbeiten

hat. Zweitens sollten wir ihn insoweit beruhigen, dass es, zu meiner Enttäuschung, bei diesem Kongress nicht strittig links um die Frage eines neuen kommunistischen Projektes ging, was ich höchst spannend fände. Es geht vielmehr darum, dass es um diese Gruppe, die sich kokett „KP“ abkürzt und eigentlich Kritik und Praxis heißt, und um deren Zitate es geht. Es ist eine Abspaltung der Berliner Gruppe AAB, die sich mit der Position abgespalten hat, dass Kommunisten, so wie sie sich verstehen, nämlich als aktuelle Salonkommunisten, heutzutage die Außenpolitik der USA voll und uneingeschränkt unterstützen müssen. Das wird in diesem Kreis vertreten. Ich war bei dieser Demonstration als Beobachterin von außen anwesend. Weiterhin wird in diesen Kreisen Geld für die israelische Armee gesammelt, weil das die einzige Friedensbewegung des Nahen Ostens sei. Es besteht also gar keine Gefahr, dass dort über Kommunismus geredet wird.

Stadtrat Dr. Hans-Bernhard Nordhoff:
(fortfahrend)

Dieses ist mir in Teilen nachrichtlich bekannt, nicht unbedingt authentisch, auch dass es sich dabei um Schüler und Studenten mit interessanten Ansätzen handelt, zu denen offensichtlich auch die Ansätze gehören, die Sie gerade zitiert haben. Vielleicht hätten wir nicht den Verfassungsschutz fragen sollen, sondern Sie, dann wären wir informierter gewesen.

(Heiterkeit)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Volker Stein:**

Vielen Dank, Herr Dr. Nordhoff! Ich informiere das Plenum davon, dass der Kollege Hübner die Frage Nr. 748 zur aktuellen Stunde angemeldet hat. Ich rufe nun die

Frage Nr. 749

auf. Fragesteller ist Herr Stadtverordneter Brillante von der E.L.-Fraktion. Bitte schön!

Frage Nr. 752.....	15
Stadtverordnete Annette Rinn, FDP:	15
Stadtrat Edwin Schwarz:.....	15
Frage Nr. 753.....	15
Stadtverordneter Dr. Giesbert Schulz-Freywald, FAG:.....	15
Stadtrat Edwin Schwarz:.....	16
Frage Nr. 754.....	16
Stadtverordnete Rosemarie Schubert, REP:	16
Stadträtin Jutta Ebeling:.....	16
Frage Nr. 755.....	17
Stadtverordneter Heiner Halberstadt, PDS:.....	17
Stadtkämmerer Horst Hemzal:.....	17
Frage Nr. 756.....	18
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:.....	18
Stadtrat Edwin Schwarz:.....	18
Frage Nr. 757.....	19
Stadtverordneter Luigi Brillante, E.L.:	19
Stadträtin Jutta Ebeling:.....	19
Frage Nr. 758.....	20
Stadtverordneter Walter Ofer, SPD:.....	20
Stadträtin Jutta Ebeling:.....	20
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 748.....	20
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:.....	20
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 751.....	21
Stadtverordneter Stefan Majer, GRÜNE:.....	21
5. Verabschiedung der Tagesordnung II.....	22
6. Einbringung des Etats 2004 durch Herrn Stadtkämmerer Horst Hemzal.....	23
Stadtkämmerer Horst Hemzal:.....	23
7. Erste Stellungnahmen der Fraktionen.....	39
Stadtverordneter Uwe Becker, CDU:.....	39
Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:.....	48
Stadtverordneter Uwe Paulsen, GRÜNE:	55
Stadtverordneter Volker Stein, FDP:.....	60
Stadtverordneter Horst Schäfer, FAG:.....	65
Stadtverordneter Michael Langer, REP:	69
Stadtverordneter Heiner Halberstadt, PDS:.....	75
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:.....	77
Stadtverordnete Jutta Dittfurth, ÖkoLinX-ARL:	81
Stadtverordneter Luigi Brillante, E.L.:	87
Stadtverordneter Dr. Eberhard Dähne, PDS:.....	90

bündnis schwer erziehbar ist und insofern auch nicht wirklich beeinflussbar. Ich halte meine Rede nicht, um Sie wirklich zu überzeugen, weil ich weiß, dass ich Sie nicht überzeugen kann. Aber ich denke, es ist auch wichtig, dass so etwas in das Protokoll kommt. Denn wir werden spätestens wenn die Sache gegen die Wand gefahren ist, uns noch einmal darüber unterhalten, wer die Verantwortlichen sind.

Vielen Dank!

(Beifall, Zurufe)

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Ute Hochgrebe:**

Als nächste Rednerin hat Frau Ditfurth das Wort.

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-
ARL:**

Ich wünsche Ihnen angesichts dieser mitreißenden Sternstunde dieses Parlaments einen schönen guten Abend.

Was uns der Kämmerer dieser „städtischen Terrorgruppe von CDU, SPD, FDP und GRÜNEN“ vorgelegt hat, ist ein Haushalt des sozialen Grauens.

(Zurufe)

Die Einbringung des Haushaltes ist ein ziemlich ausgeleiertes Ritual. Der Stadtkämmerer seufzt eine Stunde am Redepult, meist dankt ihm die Oberbürgermeisterin und alle danken immer den Mitarbeitern der Stadtverwaltung.

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Ute Hochgrebe:**

Frau Ditfurth, ich muss Sie warnen. Sie haben eben einen Begriff benutzt, den Sie in diesem Raum bitte nicht mehr benutzen.

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-
ARL:**
(fortfahrend)

Welchen Begriff meinen Sie? Die städtische Terrorgruppe aus CDU, SPD, FDP und GRÜNEN?

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Ute Hochgrebe:**

Genau! Ich muss Sie warnen.

(Zurufe)

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-
ARL:**
(fortfahrend)

Aber, Frau Hochgrebe, als große Latinerin kann ich Ihnen sagen, dass das Wort Terror Schrecken bedeutet, und ich finde diese Gruppe schrecklich und als eine Gruppe des Schreckens.

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Ute Hochgrebe:**

Trotzdem bitte ich Sie herzlich, solche Begriffe nicht mehr zu benutzen.

(Zurufe)

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-
ARL:**
(fortfahrend)

Nein, wenn es der Wahrheit entspricht.

Die Einbringung des Haushaltes ist ein ziemlich ausgeleiertes Ritual. Der Stadtkämmerer seufzt, wie gesagt, die Oberbürgermeisterin dankt ihm. Alle anschließenden Redner danken den Mitarbeitern der Stadtverwaltung innig und süßend, vor allem denjenigen, denen sie zugleich, eben mit diesem Haushalt, mit Versetzung, Abqualifizierung, Kw-Vermerken und ähnlichen Scherzen drohen. Anderen Menschen drohen Sie massenhaft. Davon ist hier nie die Rede. Ich spreche von künftigen Arbeitslosen, nämlich solchen Leuten, die nicht mehr bei der Stadt im öffentlichen Dienst angestellt werden.

Die Haushaltseinbringung ist immer der Moment - und das habe ich heute vollkommen

vermisst - in dem konzeptionell über die Zukunft der Stadt gesprochen wird. Man hat den Haushaltsentwurf gerade ein oder zwei Tage, dick und fett, dann bekommt man - vielleicht kurz vorher - die Rede. Es geht darum, dass eigentlich jede Fraktion sagen sollte, wie sie mit dem Haushalt und den Grundlagen dieser Stadt konzeptionell und politisch umzugehen gedenkt. Das fließt dann in Anträge ein, über die wir in den nächsten Wochen reden werden.

Die Oberbürgermeisterin redet gerne - ich wundere mich, dass sie es heute nicht getan hat - über die Finanzlage aller Städte und profiliert sich langsam aus Frankfurt hinaus. Sie beklagt gerne und stetig die spezifisch traurige Finanzlage Frankfurts im Städtetag. Was mich viel mehr interessieren würde, ist, wie Frau Roth und andere Mitglieder des Magistrats in den gesellschaftlichen Kreisen der Oberschicht reden, in denen sie so gerne verkehren. Packen sie die Steuerhinterzieher am Kragen? Hält sie bei ihren Freunden, den Kapitaleignern, Aufsichtsratsmitgliedern, Vorstandsmitgliedern und Managern Brandreden gegen Kapitalflucht, Spekulation, Abfindungen in Millionenhöhe, Profitraten und lächerlich niedrige Steuersummen? Kann sich das hier im Raum irgendwer vorstellen?

Unsere Oberbürgermeisterin, aber auch andere Mitglieder des Magistrats, verkehren problemlos in jenen Kreisen, welche diese öffentliche Hand brutal aushungern. Über dieses Ausgehungert sein wird heute so wortreich lamentiert, zum Teil auch von anderen Mitgliedern dieser Mehrheitsfraktionen, die zugleich von Abschreibungsprojekten, Abschreibungsanlagen Ost und Steuererleichterung heftig profitieren, deren Folgen sie nicht selbst tragen, sondern nur deren Vorteile.

Jedes Jahr hören wir, dass Frankfurt anders ist als alle anderen Städte. Das ist zum Teil richtig. Es wird sicher mehr geblufft und hochgestapelt als in vielen anderen Städten. Hinter den Kulissen der Hochhäuser wachsen unterdessen Armut und Gewalt. Es herrscht viel Aggression und Abscheu in Ihren Kreisen, wenn Sozialhilfeempfänger einmal mehr Geld bekommen als ihnen formal zusteht oder Arbeitslosenhilfeempfänger, die verständlicherweise keinen Bock auf Drecksarbeit, auf Telefonterror im Callcenter, auf

Kisten schleppen oder Teer schaufeln und auf nervenzerrenden Akkord haben.

Wie viel Bewunderung und Neid nicht nur in CDU-Kreisen und in Ihrer Fraktion herrschen, wenn Ihre Freunde in Wirtschaftskreisen hohe Renditen abzocken und sich an obszönen Aktiengeschäften oder Investments beteiligen. Extraprofiten funktionieren doch nur - das ist Ihre innere Logik - auf den Knochen anderer. Wer das größte Schwein oder der fleißigste ideologische Mitläufer ist, bekommt auf Ihren Vorschlag hin und wieder einmal das Bundesverdienstkreuz.

(Zurufe)

Herr Heuser, Sie sind doch nichts anderes als ein kleines Charakterwürstchen, der sich noch nicht einmal für seine Lügen vom letzten Mal entschuldigt hat.

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Ute Hochgrebe:**

Frau Kollegin Ditfurth, ich bitte Sie zum wiederholten Mal, sich in Ihren Ausdrücken zu zähmen.

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-
ARL:**
(fortfahrend)

Nein, ich lasse mich nicht zähmen, ich sage hier meine Meinung.

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Ute Hochgrebe:**

Frau Ditfurth, Personen, die hier anwesend oder nicht anwesend sind, werden so nicht beleidigt, wie Sie es hier getan haben.

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-
ARL:**
(fortfahrend)

Herr Heuser sitzt vor mir und pöbelt die ganze Zeit. Daran hindern Sie ihn nicht. Das letzte Mal hat er über meine persönlichen Verhältnisse gelogen und ist genauso wenig wie Herr Siegler in der Lage, sich zu entschuldigen. Deswegen nenne ich ihn ein Charakterwürstchen. Das habe ich das letzte Mal auch

getan, ohne dass selbst Herr Bührmann, der Humorlose, irgendetwas einzuwenden hatte. Aber ich schätze Sie sonst auch, Frau Hochgrebe.

Wie viel Bewunderung und Neid herrscht für Leute, die diese Stadt in Finanzkrisen stürzen, die man dann hier wortreich bejammert.

Wer ist schuld? Regierungen, die selbst die naivsten Wähler seit 1998 begreifen können, egal ob SPD/Grüne- oder CDU/FDP Regierungen, die immer ihren eigentlichen Auftrag erfüllen, dem Kapital einerseits die Profite zu sichern, andererseits die soziale Friedhofsruhe zu gewähren, damit es nicht zu Aufständen und Revolten kommt. Die Klügeren unter Ihnen, die so handeln, wissen, was sie tun: Kapitalinteressen erfüllen und zwischen bestimmten Kapitalfraktionen in Frankfurt ausgleichen und zugleich dem Publikum, das Sie gelegentlich wählen soll, auch noch vorzumachen, dass Sie in ihrem Interesse handeln. Wobei das Publikum manchmal dazu neigt, seine eigenen Henker zu wählen.

Ursache der Finanzmisere, die auf den Knochen der Lohnabhängigen und der Ärmsten ausgetragen wird, ist die extrem niedrige Steuerlast für Banken und Großkonzerne. Wie sagt Frau Roth gerne, die ich heute in der Debatte sehr vermisst habe: „Ursachen dafür sind zu niedrige Einnahmen.“ Und wer lässt die zu? Ihre CDU vor allen Dingen. Unter anderem aber auch nur, denn die andere Bundesregierung ist auch nicht besser. Welchem Zweck dient denn zum Beispiel die gegenwärtige Umstrukturierung der Finanzbehörden in Hessen durch CDU und FDP? Die Herren in den Banken fühlten sich belästigt. Die großen Steuerbetrüger wollen ungestört sein, rufen ihre Marionetten zu Hilfe und plaudern ein paar klärende Sätze beim Abend im Renn-Klub, dem die Landesregierung die Schmiergelder nicht streichen wollte. Und die Marionetten, die Kumpane, eilen herbei, wenn das Kapital schlechte Laune hat - egal, ob sie nun Koch, Clement oder sonst wie heißen.

(Zurufe)

Die Situation ist nicht, wie Frau Roth bei der Einbringung des Haushalts 2003 sagte, „seit Jahren schief, und zwar zu Ungunsten der Städte.“ Das stimmt nicht ganz, auch Bund

und Land sind betroffen. Innerhalb der öffentlichen Haushalte gibt es dann auch noch Verteilungskämpfe zu Lasten der Städte. So ist die Logik.

Die CDU-, SPD-, GRÜNEN- und FDP-Stadtregierung steht der Bundesregierung in nichts Schlechtem nach: Wo die einen Millionen Menschen einer sicheren Zukunft im Alter rauben, wo diese Bundesregierung wie Karies an den Gebissen der Menschen nagt, wo SPD und GRÜNE in Berlin wissentlich dafür sorgen, dass kinderreiche Familien, alte und ärmere Menschen künftig Arztbesuche aufschieben werden bis der Schmerz chronisch geworden ist oder das Gelenk kaputt und die Lebensfreude zerstört, da ist die städtische Gruppe des Schreckens, also Terrorgruppe aus CDU, SPD, FDP und GRÜNEN, nicht einen Deut besser.

Die höchste Wachstumsrate haben hier im Haus immer noch verschleiernde Phrasen: Phrase eins: Der so genannte Reform-Stau. Klingt wie eine verstopfte Kloleitung. Herr Halberstadt hatte völlig Recht, den Begriff der Reform als Missbrauch für das Wort des Jahres vorzuschlagen. Das könnte man die nächsten fünf Jahre wahrscheinlich fortführen. Wenn hier im Haus davon geredet wird, heißt das nur - dahinter steckt nichts anderes -, dass die Peitschenhiebe gegen Lohnabhängige, Alte und Migrant*innen immer noch nicht hart genug fallen.

Phrase zwei: Das sagen viele, gerade aus der CDU-Fraktion, wie zum Beispiel Frau Roth und Herr Becker: „Es kann nicht mehr alles beim Alten bleiben.“ Was für ein inhaltsleerer Bullshit. Denn was ist das Alte? Etwa die Solidargemeinschaft oder ihre kläglichen Reste? Dann ist das Alte besser, wenn das Neue heißt: „Arme, die sich auch nur schuld*bewusst mit ihrer Lage abgefunden haben“. Dann wäre dieses Neue, wenn man es inhaltlich bewertet, schlechter.

Die beliebte Phrase drei, ist die, die Herr Becker mit Leidenschaft anwendet, bei der wir alle angeblich im gleichen Boot sitzen. Die Phrase kann man in seinen Reden in solchen Massen vorfinden, als hätte er die Blocksatzbausteine in seinem Computer geklont. Die Frage bleibt immer noch, wer rudert und wer sich in diesem ach so gemeinsamen Boot rudern lässt oder wen der Hubschrauber bei

einer Krise rettet und wer absäuft? Noch nie hat sich einer solidarisch, aktiv und kämpferisch an die Seite der rassistisch Diskriminierten oder sozial Schwächsten gestellt, der zuvor die zutiefst ideologische Phrase vom Boot verwendet hat.

Frau Roth freute sich letztes Jahr, dass Kommunalpolitiker von CDU, SPD, FDP und GRÜNEN „gleich denken, auch wenn wir unterschiedliche Parteibücher haben.“ Das ist allerdings richtig und ein Teil der Tragödie. Ist das nicht schön, wie über die desolade Lage lamentiert wird, während gleichzeitig die eigenen Parteifreunde in Berlin und Wiesbaden die Scheiße anrichten? Das Mitgefühl mit den Opfern ihrer Kapitalhörigkeit hat seine Grenzen, wenn es um die eigenen Parteikarrieren geht. Es ist kein Mitglied der CDU-Fraktion hier im Haus, das auf Landesebene noch so genannte Bedeutung erlangen will, der Koch wirklich ehrlich kritisieren würde. Sie sind vollkommen unfrei und oft nicht mehr planvoll. Oft ist die Mentalität im Kopf schon so weit, dass die Zensur gar nicht mehr gebraucht wird.

Auch Ann Anders und Lutz Sikorski würden niemals die Sozialstaatszerstörer und Armut-Macher ihrer Partei - was sich bis nach Frankfurt auswirkt - in der Bundesregierung kritisieren. Niemals ein notwendig hartes Wort gegen Göring-Eckart, Scheel oder gar gegen den sozialpolitischen Azubi Josef Fischer. Der parteipolitische Opportunismus steht in diesem Haus immer höher als der soziale Inhalt. Keiner von Ihnen würde sich jemals gegen die eigene Partei entscheiden und zugleich für die Menschen im Land, denen es dreckiger geht. Nicht von ungefähr ist Solidarität in der deutschen Sprache ein Fremdwort und Untertan wiederum nicht.

Was sind Ihre ewigen Lösungsvorschläge? Mehr Kürzungen - das haben wir auch heute gehört -, in allen Reden mit unterschiedlichsten Worten, Tonlagen und Verschleierungen, mehr Lasten an Land und Bund, kein Kampf und niemals echter Widerstand. Dazu gäbe es schöne Beispiele, wie etwa Liverpool. Dagegen, Originalton Frau Roth zum Haushalt 2003: „Wir brauchen in den deutschen Kommunen eine Wirtschaftspolitik, die Leistung honoriert und den Unternehmen Mut zur Investition macht.“ Wessen Leistung? Die der Mehrwertschaffenden? Der Arbeitenden? Die

meinen Sie bestimmt nicht. Sondern hinter dieser abgelutschten Floskel, die auf jedem CDU-Parteitag rauf- und runtergebetet wird, steckt die brutalstmögliche Aufforderung, noch mehr vom desolaten restlichen Sozialstaat zu zerschmettern, noch mehr Beute in die Rachen der reichen Freunde zu schaufeln. Vielleicht krümelt dann etwas vom Tisch der Reichen herunter, das ist die alte Ideologie der SPD seit Ebert.

Jahrzehnte - es nannte sich „Kalter Krieg“, hier im Raum gibt es ein paar Geschädigte, wie Herrn Becker zum Beispiel - profitierten die Menschen hier im Land von der Konkurrenz politischer Systeme. In Verbindung mit ihrer Widerstands- und Kampfbereitschaft konnten aber Arbeitszeitverkürzungen durchgesetzt, Niedriglohnarbeitsplätze für Frauen abgeschafft und moderate Demokratisierungen in Betrieben und anderorts durchgesetzt werden.

Ich bin Linke geworden in Kritik dessen, was sich in der DDR Sozialismus nannte und geblieben, in harter Auseinandersetzung mit der Sowjetunion, was der eine oder andere noch bestätigen kann. Aber bei aller Kritik, die undogmatische Linke, die wir an der DDR oder Sowjetunion hatten, diese Systemkonkurrenz nützte den Lohnabhängigen, dem Subproletariat, den Marginalisierten und der unteren Mittelschicht heute, die von Ihnen platt gemacht werden, und deren Alltag Sie wahrscheinlich überhaupt nicht mehr kennen. Außer es gehört zum engsten Familienkreis, zur persönlichen Lobby, zum Bund der Vertriebenen oder zu den Randerscheinungen des Frankfurter Renn-Klubs.

Für die Befriedung West in der BRD mussten soziale Zugeständnisse gemacht werden, die es anderenfalls nie gegeben hätte und die jetzt nicht nur in Frankfurt allesamt abgeräumt werden. Zum Teil werden die Zugeständnisse von denen mit abgeräumt, die behauptet haben, sie im Bündnis mit den Gewerkschaften erkämpft zu haben. Solange es keine solche Konkurrenz gibt, müssten die Lohnabhängigen noch mehr Kampfbereitschaft aufbringen als je zuvor in Deutschland. Das ist nicht der Fall. Im Gegenteil, was wir erleben, ist, dass ihren Vertretern, zum Beispiel der IG Metall, bei aller Kritik auch bei eigenen Fehlern, der Hals gebrochen oder sie zumindest massiv gedemütigt und ge-

schwächt werden, und das sehr planvoll. Damit es die notwendige Revolte, die Massenstreiks und Verweigerungen gibt, bräuchte es keine Gehirnwäsche. Die Gehirnwäsche ist gegenwärtig, wir können sie täglich erleben, wozu gibt es schließlich Massenmedien.

(Zurufe)

Ich rede so frei wie Herr Hemzal vorhin.

In wie wenigen Jahren ist den Menschen eingeredet worden, dass das Standortinteresse, Interesse des Kapitals, ihr angeblich ganz eigenes, ganz persönliches ist. Wie brutalstmöglich ist Millionen Menschen die Hoffnung genommen worden, dass ihr einziges Leben glücklicher, sorgenfreier und selbstbestimmter sein könnte? Aber diese vielfältig gespaltene Gesellschaft kompensiert diese Niederlage mit Ellenbogenkämpfen, Antisemitismus, Rassismus und imperialer Arroganz, das ist in Deutschland sehr typisch. Selbst ein Fußballfilm wie „Das Wunder von Bern“ wird heute von Regisseur Sönke Wortmann, nach Selbsteinschätzung auch früher ein Linker, als Aufforderung zu mehr „deutschem Pathos“ und zu neuem „Nationalstolz“ verstanden, ohne dass er dafür die verdiente Prügel bekommt.

Dass die Republikaner dabei klatschen, sage ich jetzt für das Protokoll, falls er das eines Tages nachliest und sich vielleicht schämt.

Bei soviel Krise im Inneren kann die Welt von Deutschland wieder mal nur Gutes erwarten: Mehr Raub und Plünderung - im Trikont - der so genannten Dritten Welt und im ehemaligen RGW-Block. Stichwort: EU-Erweiterung, mehr Kriegseinsätze und mehr imperialistischen Terror gegen Schwächere. Das ist eine historisch bewährte Lösung zur Dämpfung sozialer Krisen im innern Deutschlands.

Die GRÜNEN haben schon lange nichts mehr über die Frauenbefreiung in Afghanistan erzählt. Mag daran liegen, dass die Lage der Frauen dort kaum besser ist als unter den Taliban. Das ist egal. Frauenbefreiung und Naturfrage kommen nicht nur in diesen Debatten wie heute nicht mehr vor, sie sind nur noch schmutzige Alibis für den raubbeuterischen Krieg eurer Regierung.

Aber sogar die PDS, die Partei des demokratischen Sozialismus, - ich wiederhole: Sozialismus -, hat in der letzten Sitzung, zusammen mit den unsichtbaren SPD-Linken, unseren Antrag abgelehnt, städtisches Eigentum und Eigenbetriebe nicht weiter zu privatisieren und verkauft mit Zustimmung nun auch kommunale Grundstücke am laufenden Band.

Mit eurer Affenliebe zur SPD spielt ihr nur deren mehrheitsbeschaffenden Wurmfortsatz hier im Parlament zu. Eure Stimmen bekommt die SPD immer geschenkt. Dass damit seit fast drei Jahren - das macht einen Teil meines Zorns aus - realpolitische Machtmöglichkeiten der kleinen linken Opposition verspielt werden, sei betrübt am Rande vermerkt. Ich fürchte, das geschieht auch wieder mit diesem Haushalt. Ich sage das, damit das vielleicht nicht wieder geschieht. Ich hab genug Erfahrung und Phantasie, um mir vorzustellen, welche Hebelwirkung auch eine kleine, qualitätsvolle, linke Opposition hier im Haus spielen könnte, bekäme die SPD die beiden Stimmen der PDS nicht permanent für lau geschenkt.

Es gibt einen heimlichen Konsens in diesem Haus, die Krise und die Haushaltslage auch dafür zu nutzen, dass die Stadt Frankfurt dem Kapital weiter ausgeliefert wird, Stück für Stück, Betrieb für Betrieb, Grundstück für Grundstück.

Was tickt bei Ihnen nicht richtig, dass Sie keinen Ekel angesichts so viel Reichtum weniger Leute in dieser Stadt empfinden und so viel Armut von vielen; dass Sie scheinot sind und komplett empathiefrei, angesichts von Wohnsitzlosen unter Glaspalästen und angesichts von so viel Ghettoisierung in Frankfurter Stadtteilen, dass nicht wenigstens der halben SPD-Fraktion mulmig wird, wenn ein Bürgermeisterposten mit der Schließung von Stadtteilbüchereien bezahlt wird? Wie fühlt man sich da eigentlich, Herr Vandreike? Das wollte ich schon immer einmal wissen.

(Beifall)

Ist es das wert, verehrte SPD-Fraktion, immer mehr Stadtkohle in die Überwachung und immer weniger in soziale Hilfe und in selbstbestimmte Projekte zu stecken? Viele Menschen außerhalb dieses Hauses wenden sich längst mit Grausen ab. Als Linke kann ich dazu sagen: Desillusionierung ist gut. Es

gibt noch zu viele Menschen, denen sie erfolgreich eingehämmert haben, dass eine wirklich humane Gesellschaft nicht möglich ist und eine menschlichere Stadt eben auch nicht. Das werden wir bei den Anträgen wieder erleben. Es wird nur Rechtfertigungen und Floskeln dafür geben, die Menschen noch mehr zu quälen.

Die andere Seite der Entwicklung ist allerdings, dass man sich der Krise nie mit emanzipatorischen Lösungen, sondern immer mit repressiven, inhumanen und autoritären Lösungen zuwendet. Das wird sich in Frankfurt noch auswirken und auch in Deutschland, diesem Stammland der Untertanen. Im Osten des Landes, da bin ich oft, sind Dörfer und auch etliche Städte längst unter faschistischer Hegemonie.

(Zurufe)

Man möge das einmal im Alltag der Leute, die dort leben, mitbekommen und nicht nur aus der Entfernung Frankfurts. Im Westen sind es vorläufig nur Milieus, aber sie wachsen, und auch sie haben ihre ideologischen und materiellen Scharniere ins Bürgertum.

Die braune Scheiße wächst zusammen, was zusammengehört wächst eben zusammen. Hier in Frankfurt glaubt man sich immer noch auf einer aufgeklärten Insel. Sie werden sich, fürchte ich, noch wundern. Schauen Sie sich doch hier im Raum um. Lassen wir ausnahmsweise einmal die rechtsextremen ideologischen Anteile der CDU aus der Diskussion, und über die Republikaner verlieren wir sowieso heute einmal kein Wort. Beobachten Sie zum Beispiel, wie Wolfgang Hübner von der BFF vorgeht: Mit völkischem Populismus, gerade auch beim Haushalt. Er hat wieder damit angefangen. Mit wortreich eingenebeltem Rassismus und kleinen Aktionen, abgekupfert aus den neuen sozialen Bewegungen, wird er auch von der Frankfurter Neuen Presse nach oben gehievt, wie auch weiland Ronald Schill von der Hamburger Boulevardpresse, allerdings dort in größerem Maßstab. Ich bin gespannt, was daraus noch wird.

Stattdessen wird gelobt. In Frankfurt wird gerne, viel und eifrig auf tausenden Empfängen gelobt, wie selbstlos vermögende Bürger der Stadt Gutes tun, ob Hertie-Stiftung - ein Vermögen, übrigens aus nie wieder gutge-

machter Arisierung, das darf man nicht vergessen - und die Hessische Landesbank, etwa beim Wiederaufbau der alten Stadtbibliothek. Wäre es nicht besser, die zahlten angemessen hohe Steuern und die öffentliche Hand - also gewählte Vertreterinnen und Vertreter - und nicht irgendwelche Lobbyisten oder Sponsoren entschieden, was mit unserem Geld gemacht wird? Wäre es nicht besser, zum Beispiel statt des teuren Baus blieben alle Frankfurter Stadtteilbüchereien lebendig und würden erweitert?

Auch anderen Zynismus hier im Haus finde ich unerträglich. Der Kämmerer hat bei der Einbringung des Haushalts 2003 gesagt: „Das Geld, das hier ausgegeben werden muss, ist gut angelegt, weil es uns vielleicht später vor höheren sozialen Kosten bewahren wird.“

Ich will es nur ganz kurz sagen, weil die Lampe aufleuchtet und ich das Schlusswort noch sagen will.

Zynismus verbirgt sich hinter diesem Spruch deswegen, weil es nicht darum geht, künftige Kosten zu sparen. Das ist polizeistaatliches Denken und vergiftet graue Zellen vieler Köpfe in diesem Saal. Es geht nicht darum, irgendwann Polizeikosten zu sparen und deswegen Kinder zu fördern. Eine Stadt hat Kinder und Jugendliche zu fördern, damit diese glücklich und gesund aufwachsen. Damit sie, ohne Ansehen ihrer sozialen Herkunft, alle Chancen haben, sich zu zufriedenen, sozialen, freien und selbstbestimmten Wesen zu entwickeln.

Ich mache jetzt einen Sprung und komme zum Schluss.

(Zurufe)

Was Sie ertragen können ist kein Maßstab, Herr Heuser.

Dieser Haushalt des sozialen Grauens ist nicht ein Haushalt Ihrer persönlichen Ohnmacht, Herr Hemzal, aber einer strukturellen Ohnmacht. Ein Haushalt, für den Ihnen nur diejenigen danken können, die davon profitieren, nämlich die städtischen Gruppen mit einflussreicher Lobby im Magistrat und in den regierenden Fraktionen.

Dagegen werden wir Widerstand organisieren. Wenn Sie meinen Beitrag als Kampfansage gegen Ihren Haushalt verstehen wollen, verehrte Parlamentsmehrheit, überhaupt nicht geschätzte städtische Terrorbande aus CDU, SPD, GRÜNEN und FDP, haben sie mich endlich einmal richtig verstanden!

(Beifall)

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Ute Hochgrebe:**

Herr Heuser, ich habe mehrmals versucht, sie zurechtzuweisen. Wenn sie im Schlusswort das Gleiche noch einmal sagt, glaube ich, wäre das überzogen gewesen.

(Zurufe)

Herr Heuser, ich habe sie zweimal vorher darauf hingewiesen, dass sie dieses nicht zu sagen hat. Ich bitte, dieses zur Kenntnis zu nehmen. Herr Brillante hat als nächster Redner das Wort.

(Zurufe)

Herr Brillante, Sie haben das Wort!

Stadtverordneter Luigi Brillante, E.L.:

Frau Vorsteherin,
meine Damen und Herren!

Wie es um die Finanzen dieser Stadt steht, hat Herr Kämmerer Hemzal schon erläutert, ich möchte die Zahlen nicht wiederholen. Diese Misere Frankfurts ist vor allem auf die Fehlentwicklung der kommunalen Finanzsituation zurückzuführen. Auf der Einnahmeseite haben sich die Probleme der Kommunen, insbesondere in den Ballungsgebieten dramatisch zugespitzt. Das hat sowohl konjunkturelle als auch strukturelle Gründe. Durch die aktuelle Konjunkturkrise fließen die kommunalen Steuerquellen deutlich spärlicher, insbesondere bei der Gewerbesteuer. Andererseits spielen strukturelle Ursachen eine wesentliche Rolle. Die großen Unternehmen nutzen die Möglichkeit, weltweit den Stand der konzerninternen Verluste mit Gewinnen zu verrechnen. In den Jahren 2001

und 2002 fehlten den Kommunen somit rund 20 Milliarden Euro fest eingeplante Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Die Reform der Gemeindefinanzen ist dringend erforderlich. Sie muss den Städten künftig eine stabile Finanzbasis sichern, ihr Gesamtvolumen muss gesteigert und die Abhängigkeit von der konjunkturellen Entwicklung reduziert werden, damit die Städte weiterhin die Infrastruktur unterhalten können.

Herr Hemzal sprach in seiner Rede von einem lebenswerten Frankfurt, das war die Stelle, die am meisten gefallen hat. Ich will an dieser Stelle sagen, dass die Aufrechterhaltung von Bibliotheken, der Theater oder der Bäder kein Luxus ist, sondern Teil dieses lebenswerten Frankfurts. Das ist Aufgabe einer Zivilgesellschaft, eine solche Struktur zu unterhalten. Diese höchsten Güter stehen nicht zur Disposition, insbesondere die Stadtteilbibliotheken. Die kommunalen Investitionen, ganz besonders im Wohnungsbau, dürfen nicht weiter zurückgefahren werden. Im Jahr 1992 investierten die Gemeinden noch rund 33,5 Milliarden Euro in die kommunale Infrastruktur. Zehn Jahre später waren es nur noch 20 Milliarden Euro, dies hat unter anderem den Verlust von 100.000 Arbeitsplätzen zur Folge. Es muss ein Ausweg aus dieser Misere gefunden werden. Ein Lichtblick ist hier freilich die neue Reformvorlage zur Gewerbesteuerreform, die auf einer verbreiteten Bemessungsgrundlage basiert und die Freiberufler einbezieht. Sie führt zu Mehreinnahmen für die Kommunen. Es bleibt zu hoffen, dass die Steuerreform vom unionsdominierten Bundesrat gebilligt wird.

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Ute Hochgrebe:**

Entschuldigung, Herr Brillante. Herr Stadtverordnetenvorsteher, es tut mir außerordentlich Leid, aber die Gespräche im Saal stören.

Stadtverordneter Luigi Brillante, E.L.:
(fortfahrend)

Von den erwarteten 855 Millionen Euro Gewerbesteuer für dieses Jahr darf Frankfurt lediglich 649 Millionen Euro behalten, den Rest von über 200 Millionen Euro muss sie durch die gestiegene Gewerbesteuerumlage abführen. Die Umlagebelastung hat sich in-